

14. Mai 2018 | Nr.

## Kern: Grün-schwarzes Realschulkonzept ist ein weiterer fauler Komplementärkompromiss

Anlässlich einer Landtagsdebatte zur Realschule warf der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern**, der grün-schwarzen Landesregierung vor, mit ihrem Realschulkonzept lediglich einen weiteren faulen Komplementärkompromiss zu Lasten der Schülerinnen und Schüler geschlossen zu haben. Kern:

„Der Realschulreform der ehemaligen grün-roten Landesregierung war von einem grundlegenden Misstrauen gegenüber den Realschullehrern geprägt. Ihnen wurde vorgeschrieben, dass sie nur im Ausnahmefall Klassen auf unterschiedlichen Leistungsniveaus bilden und ansonsten nach der Methode der Gemeinschaftsschulen binnendifferenziert zu unterrichten hatten. Vergeblich hat die FDP/DVP Fraktion damals beantragt, die Entscheidung über Bildung leistungsdifferenzierter Klassen denen zu überlassen, die sie am besten treffen können: den Lehrerinnen und Lehrern an den Realschulen.“

Dass die grün-schwarze Regierung Kretschmann II das Realschulgesetz der grün-roten Regierung Kretschmann I teilweise wieder zurücknahm, hätten deshalb laut Kern die Freien Demokraten im Landtag begrüßt. „Leider mussten wir dann aber feststellen, dass auch das neue Realschulgesetz einen schmerzlichen grünen Kratzer hatte: Die Realschullehrer erhielten ihre pädagogische Freiheit nämlich erst ab Klasse 7 zurück. Die Orientierungsstufe in den Klassen 5 und 6 blieb bestehen. Das heißt konkret, dass das Sitzenbleiben am Ende von Klasse 5 bleibt abgeschafft bleibt und dass es in den beiden Jahrgangsstufen keine Kurse auf unterschiedlichen Leistungsniveaus geben darf“, so Timm Kern.

Die Rückabwicklung stelle damit wieder einmal einen Komplementärkompromiss dar, wie er gerade für die Bildungspolitik der grün-schwarzen Koalition typisch geworden sei. Kern hierzu: „Die CDU feierte sich für die Aufhebung des Verbots zur äußeren Differenzierung und zur Gesichtswahrung der Grünen diene die beibehaltene Orientierungsstufe. Was aber für den einzelnen Schüler das Beste wäre, das spielt im Kalkül dieser Koalition keine Rolle. Dabei wäre es in Baden-Württemberg dringend erforderlich, nur nach der besten Bildung für jeden einzelnen zu fragen und durch einen Schulfrieden Ruhe und Verlässlichkeit in unsere Schulen zu bringen.“